

# BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.

Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen



## Newsletter November 2021

### Neuigkeiten

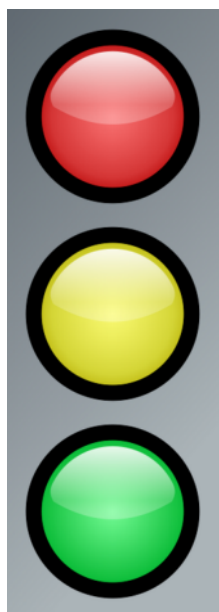
#### Das humanitäre Drama an der polnisch-belarussischen Grenze muss beendet werden!



Der BSV hat Mitte November [diese Erklärung zur Situation an der polnisch-belarussischen Grenze](#) veröffentlicht. Leider hat sich auch drei Wochen danach die Situation kaum verbessert. Auch wenn ein Teil der Geflüchteten Pressemitteilungen zufolge inzwischen in Belarus in Lagerhallen und dergleichen untergekommen, harren viele Menschen bei frostigen Temperaturen an der Grenze aus. Und die deutsche Regierung weigert sich weiterhin, diese Menschen aufzunehmen. Stattdessen interpretiert sie - [wie unisono die NATO](#) - die Situation in militärischen Begriffen. Von einem "hybriden Angriff" ist die Rede und davon, Truppen zur Verstärkung an die Grenze zu Belarus zu entsenden.

Foto: © Jakob Huber/Campact, [CC BY-SA 2.0](#)

#### Zum Koalitionsvertrag



Verschiedene Friedensorganisationen haben sich in der letzten Woche zum Koalitionsvertrag geäußert.

Das [Netzwerk Friedenskooperative](#) schreibt: "Als Erfolg der Friedensbewegung kann verbucht werden, dass die koalierenden Parteien ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz anstreben, eine feministische Außenpolitik eingeführt werden soll und die Ausbildung Minderjähriger an Waffen bei der Bundeswehr künftig beendet werden soll. Abseits dieser Themen gibt es jedoch wenig Ansatzpunkte für eine fortschrittliche Friedenspolitik. Besonders enttäuschend ist das Festhalten am 2%-Ziel der NATO und der Nuklearen Teilhabe."

Ähnlich lautet die Kritik der [DFG-VK](#).

Die [IPPNW](#) meint, dass "wegweisender Klimaschutz" mit Militär und Atomenergie unvereinbar" sei.

Die [Aktion Aufschrei-Stopp den Waffenhandel](#) begrüßt die Absicht, ein neues Rüstungsexportkontrollgesetz auf den Weg zu bringen.

Umweltverbände kritisieren, dass die Beschlüsse zum Klimaschutz nicht ausreichen, wie zum Beispiel der [BUND](#).

Wir haben dieser Kritik wenig hinzufügen. Befremden löste bei uns allerdings eine andere Meldung aus der Koalition in spe aus, nämlich dass ein General zum Chef des Corona-Krisenstabs gemacht werden soll. Generalmajor Carsten Breuer ist Kommandeur des Kommandos Territoriale Aufgaben der Bundeswehr, das für Einsätze der Streitkräfte im Inland zuständig ist. Das erweckt den Eindruck, als ob die zivilen Hilfswerke, nicht die Bürokratie der Regierung für die Probleme bei der Organisation von Impfungen und Tests verantwortlich seien. Die Bundeswehr versucht schon seit längerem, ihre Einsatzkompetenzen im Inland auszuweiten und damit auch ihre Akzeptanz in der Bevölkerung zu stärken. Wir fordern, dass Mittel für die zivilen Organisationen zur Verfügung gestellt werden, die von Katastrophenhilfe viel mehr verstehen!

Foto: Marwin H.H. - Diese Datei wurde von diesem Werk abgeleitet: Ampel.svg von Manuel Strehl, CC BY-SA 2.5, <https://commons.wikimedia.org>

/w/index.php?curid=107991832

#### 40 Organisationen fordern Rüstungsexportverbot für Jemen-Militärkoalition



In einem [Offenen Brief](#) fordern 40 nationale und internationale Organisationen, darunter der BSV, das Rüstungsexportverbot für Saudi-Arabien zu verlängern und auf die gesamte Jemen-Militärkoalition auszuweiten. Wir fordern die **die Mitglieder der geschäftsführenden bzw. der künftigen Bundesregierung auf:**

- Verhängen Sie ein umfassendes und zeitlich nicht befristetes Rüstungsexportverbot gegenüber allen Mitgliedern der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition im Jemen, solange diese an dem bewaffneten Konflikt im Jemen beteiligt sind oder die Gefahr besteht, dass auch deutsche Rüstungsgüter zu Menschen- und Völkerrechtsverletzungen im Jemen beitragen. Dieses Exportverbot darf keinerlei Ausnahmen, etwa für bereits erteilte Genehmigungen, Reexporte, europäische Kooperationen oder Komponentenlieferungen im Rahmen europäischer Gemeinschaftsprojekte, enthalten.
- Setzen Sie sich, aufbauend auf der Entschließung des Europäischen Parlaments, für ein EU-Waffenembargo gegen alle Mitglieder der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition im Jemen ein.

## Veranstaltungen

### Sicherheit ohne Militär - kann Costa Rica ein Beispiel für Deutschland sein?

01. Dezember 2021 - 19:30 Uhr bis 21:45 Uhr NUR ONLINE

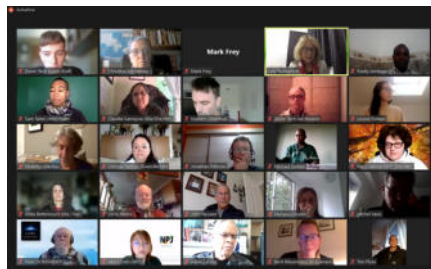


In der Veranstaltung erläutert Krischan Oberle die erfolgreiche Demilitarisierung des zentralamerikanischen Staates Costa Rica. Zudem stellt er das [Konzeptpapier „Sicherheit neu Denken“](#) der Ev. Kirche Baden und die [„Leitlinien der Bundesregierung: Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“](#) als Perspektiven für die deutsche Sicherheitspolitik vor. [Hier](#) geht es zu mehr Infos.

Foto: © Alex Covarrubias, CC BY-SA 3.0

## Berichte

### Online-Konferenz zu Unbewaffnetem Zivilem Schutz / Schutzbegleitung



Auf Einladung von Nonviolent Peaceforce kamen über zwei Wochenenden im November zahlreiche Organisationen in verschiedenen Workshops online zusammen, um sich über ihre Arbeit, Erfolge, Problem und Perspektiven auszutauschen. Die Konferenz stellte den Abschluss des mehrjährigen Prozesses zu "Guter Praxis" dar (bzw. den halben Abschluss - in Genf wird voraussichtlich im Juni 2022 noch ein zweiter Teil der Konferenz stattfinden). BSV-Geschäftsführerin Christine Schweitzer gehörte zu dem Team, das die Tagung vorbereitete. Sie äußerte sich hinterher sehr zufrieden: "Es ist uns gelungen, Perspektiven von Praktiker\*innen aus aller Welt zusammenzubringen. In vielen Organisationen hat sich die Praxis in den letzten Jahren deutlich verändert. Es gibt aber weiter viel mehr Bedarf an Zivilem Peacekeeping, als erfüllt werden kann." Themen waren u.a. Schutzbegleitung und die Bedrohung durch transnationale Unternehmen, globale Trends wie Klimawandel und "shrinking space", Dekolonialisierung von Unbewaffnetem Zivilem Schutz/Schutzbegleitung

(hierzu trug auch BSV-Bildungsreferent Tejan Lamboi vor) und vieles andere mehr. Eine Dokumentation wird kommendes Jahr erscheinen.

### Eigene Strukturen kritisch hinterfragen – Mitarbeit in der AG rassismuskritische Organisationsentwicklung



Im April hatte die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung auf ihrer Jahrestagung zu einem schwierigen Thema eingeladen: Rassismus. Welche Ansätze kann Friedensarbeit einbringen? So weit so unverfänglich. Diskutiert wurde aber auch über Rassismus in unseren Organisationen, Initiativen und Bündnissen. Im diesem Rahmen entstand bei der Plattform die neue AG rassismuskritische Organisationsentwicklung.

Der BSV beteiligt sich rege an der AG: es sind je eine Person aus dem Lüchower Love Storm-Team, aus der Mindener Geschäftsstelle und dem Vorstand vertreten.

Momentan gibt es zwei Arbeitsschwerpunkte: erstens die kollegiale Beratung zu Prozessen der Organisationsentwicklung. Hier bringt ein\*e Teilnehmende einen konkreten Sachverhalt, Prozess oder Vorfall aus seiner\*ihrer Arbeit mit um sich dazu beraten zu lassen. Zweitens sprechen wir über Leitlinien der Zusammenarbeit. Welche Strukturen könnten z.B. dazu beitragen, dass Menschen sich in der AG sicher und gesehen fühlen?

Erstaunlich welche kreativen Ansätze bei den vertretenen Organisationen schon etabliert sind.

Eine Vertretung der AG nimmt an den Sitzungen des Sprecher\*innen-Rats beratend teil.

## Ressourcen

### Rundbrief 4/2021 ist im Erscheinen



In der letzten Novemberwoche ging der Rundbrief 4/2021 in den Druck. Er wird wohl Ende der ersten oder Anfang der zweiten Kalenderwoche bei den Leser\*innen eintreffen. Wer so lange nicht warten mag: [Online](#) kann er schon gelesen werden.

Inhalte sind u.a. die verschiedenen Projekte des BSV, Ziviler Widerstand und ein Gedicht von hn. lyonga, für das wir uns beim Dichter herzlich bedanken.

[Inhaltsverzeichnis von Rundbrief 4/2021:](#)



- Gewaltfreier Widerstand In Zeiten verschärfter Repression (Stephan Brües)
- Bericht vom Fachgespräch am 9. Oktober 2021 in Soest zur Kolonialgeschichte (Renate Wanie)
- Friedensbildung im Zeichen von Corona: Ein Résumé zu 2 Jahren Share Peace (Krischan Oberle)
- LOVE-Storm für zivilgesellschaftliche Social Media Teams (Björn Kunter)
- and I mean / and I am saying (hn. Lyonga)
- Das humanitäre Drama an der polnisch-belarussischen Grenze muss beendet werden! (BSV-Vorstand)

- Tagung: Gewaltfreier Widerstand in repressiven Zeiten: Strategien des Widerstands und Formen der Unterstützung

**Infoblatt: "Verantwortung übernehmen"**



Die Bundesregierung hat angekündigt, den Krieg des Westens in Afghanistan und die deutsche Rolle in diesem Krieg aufarbeiten zu wollen. Doch die ersten „Lehren“, die die Politik aus dem Krieg zieht, sind beängstigend: In dieser Argumentationshilfe greifen wir vier Argumente auf, die oft in der Politik und Öffentlichkeit zu hören sind, und versuchen, Antworten darauf zu formulieren:

**„Verantwortung übernehmen“ heißt: Die Lehre ziehen, dass Gewalt alles nur schlimmer macht. Eine kurze Argumentationshilfe**

Die Bundesregierung hat angekündigt, den Krieg des Westens in Afghanistan und die deutsche Rolle in diesem Krieg aufarbeiten zu wollen. Doch die ersten „Lehren“, die die Politik aus dem Krieg zieht, sind beängstigend.

Die Bundeswehr hat in den letzten Gefechten dieser Jahre bewiesen, dass sie kämpfen kann“, so Generalinspekteur Eberhard Zorn bei der Auftaktveranstaltung der Bundesregierung zur „Aufarbeitung des Bundeswehrmissats am 6. Oktober 21“. Andere Politiker\*innen nutzen die Gelegenheit, sich für eine verstärkte Militarisierung der Europäischen Union einzusetzen, eine permanente schnelle Eingreiftruppe und „Koalitionen der Willigen“ zu bilden, um sich von den USA unabhängig zu machen, und auch bewaffnete Drohnen – eine Waffengattung, die im Afghanistankrieg entwickelt und in dem Land tausendfach eingesetzt wurde, sollen anscheinend nach Willen der existierenden neuen Bundesregierung angeschafft und ein Luftkampfsystem namens Future Combat Air System (FCAS) gebaut werden.

**In der Diskussion fallen immer wieder die gleichen Standardargumente. Vier davon möchten wir hier hinterfragen:**

- 1. **„Deutschland muss international mehr Verantwortung übernehmen“**  
Verantwortung übernehmen kann auch heißen, Vertreter bei der Bekämpfung des Klimawandels und des Umweltschutzes zu werden, Vertreter bei der Abrüstung zu sein, als außer NATO-Kauf dem Atomwaffenverbot beizutreten, Kompagnie/Zeile Konflikte überbrückung in- und Ausland anzubieten. Die wäre eine Form des Übernehmens von Verantwortung, die uns allen und nicht nur der Rüstungsindustrie nutzt!
- 2. **„Das Militär wird zum Schutz von zivilen Helfer\*innen gebraucht“**  
Viele Humanitäre- und Entwicklungsorganisationen in Afghanistan waren da anderer Meinung und haben mehrfach mit zivilen Befehlshabern ihre Unabhängigkeit gegenüber den internationalen Truppen betonen. Die Erfahrungen aus dem Zitierten Prozessbericht von Organisationen wie Human Rights Watch sprechen die gleiche Sprache: Zivil Helfer\*innen sind oftmals mehr gefährdet, wenn sie mit internationalen Militär kooperieren, als von der Bevölkerung oder bestimmten Gruppen aus der Bevölkerung als Besatzungsmacht wahrgenommen wird.

- „Deutschland muss international mehr Verantwortung übernehmen“
- „Das Militär wird zum Schutz von zivilen Helfer\*innen gebraucht“
- „Man darf doch nicht einfach zuschauen, wenn Menschenrechte verletzt werden“
- „Die internationale Sicherheit ist gefährdet und deshalb brauchen wir das Militär“

**Die EU: Auf dem Weg zur Militärmacht oder ein Friedensprojekt?**



Die DFG-VK hatte am 6. November ein Online-Seminar zur EU abgehalten. Der Mitschnitt der beiden Input-Referate von Jürgen Wagner (Informationsstelle Militarisierung IMI) und Dr. Christine Schweitzer (Bund für Soziale Verteidigung BSV) kann über Youtube nachgehört werden. [Hier](#) geht es zur Website mit dem Link.

**News von Mitgliedern und befreundeten Organisationen**

**Save the date: Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden**

18.-19. Februar 2022 in Weimar und/oder online



Die Kooperation für den Frieden, ein Dach der Friedensbewegung, dem auch der BSV angehört, plant für Februar eine neue Strategiekonferenz. Titel ist: **Gemeinsame Sicherheit, europa- und weltweit - durch Abrüstung, Kooperation und Klimagerechtigkeit**

[Hier](#) geht es zu mehr Informationen. Angesichts der Coronlage ist unklar, ob die Tagung vor Ort in Weimar durchgeführt werden kann.

Foto: Strategiekonferenz der Kofrie 2020 in Stuttgart. Foto: cs

**Spendenbarometer**



Friedensarbeit kostet Geld. Wir brauchen in diesem Jahr 86.000 Euro, um unsere Arbeit nicht einschränken zu müssen.



Bis Ende Oktober 2021 haben wir Spenden i.H. von ca. 57.800 Euro erhalten. Das entspricht ca. 67 %.

[Hier](#) geht es zu unserer Spendenseite.

---

**Bund für Soziale Verteidigung e.V.**  
Schwarzer Weg 8  
32423 Minden  
Deutschland

**Kontakt:**  
Email: [info@soziale-verteidigung.de](mailto:info@soziale-verteidigung.de)  
Tel.: 0571/29456

<https://facebook.com/BSV.Frieden>

[https://www.instagram.com/bund\\_fuer\\_soziale\\_verteidigung/](https://www.instagram.com/bund_fuer_soziale_verteidigung/)

[https://twitter.com/so\\_verteidigen](https://twitter.com/so_verteidigen)

Um sich von diesem Newsletter abzumelden, klicken Sie bitte [hier](#). Um die mail zuordnen zu können, ist die Mail-Adresse etwas komplexer.